

Bern, den 23. Juni 1950
 FBü/em

N o t i z

über die

Besprechung über neue Instruktionen
 für die Erteilung von Einreisevisa
 an deutsche Staatsangehörige.

22. Juni 1950, 15 Uhr, im
 Bureau von Herrn Dr. Jezler

<u>Teilnehmer:</u>	Herr Dr. <u>Rothmund</u> , Leitung
	" Dr. <u>Jezler</u> , Polizeiabteilung
	" <u>Baechtold</u>) Fremdenpolizei
	" <u>Dr. Mäder</u>)
	" <u>Dr. Dick</u>) Bundesanwaltschaft
	" <u>Göttler</u>)
	" <u>Dr. Bossi</u>) Politisches
	Dr. <u>Janner</u>) Departement
	" Dr. <u>Bieber</u> , Vertreter des abwesenden Fürspr. Marti, Handelsabteilg.



Zu den Gründen, die heute eine Aenderung der bestehenden Vorschriften für die Erteilung von Einreisevisa an deutsche Staatsangehörige verlangen und den sich dabei stellenden Fragen hält Herr Dr. Rothmund einleitend folgendes fest:

Die im Laufe des letzten Jahres vorgebrachten Begehren um eine wesentliche Lockerung der Einreisevorschriften für deutsche Staatsangehörige mussten bisher zurückgestellt werden, da sie im wesentlichen in Sonderinteressen begründet waren, die den allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und polizeilichen Bedürfnissen kaum Rechnung trugen. Sie konnten auch zurückgestellt bleiben, weil der Reiseverkehr durch die Besetzungsbehörden in bescheidenem Umfange gehalten wurde.

Die in letzter Zeit eingetretene Lockerung der alliierten Reisevorschriften hat jedoch eine Zunahme der Einreisegesuche bewirkt, die bereits heute die Grenze der Leistungsfähigkeit der Visaabteilungen unserer Vertretungen erreicht hat. Die Abschaffung der alliierten Ausreise- und Rückreiseerlaubnis, die auf den 1. Juli 1950 in Kraft treten soll, lässt eine rasch einsetzende und beträchtliche Zunahme der Gesuche erwarten. Mit dem heutigen Personalbestand ist bei den heutigen Weisungen nicht mehr auszukommen.

Die Schweiz ist an der Förderung des Reiseverkehrs aus Deutschland vital interessiert. Die Erfahrungen unserer Fremdenindustrie seit Kriegsende haben erwiesen, dass die durch den Ausfall der deutschen Gäste entstandene Lücke trotz aller Intensivierung und Verlagerung der propagandistischen Bemühungen nicht geschlossen werden kann. Die Reaktivierung des Reiseverkehrs aus Deutschland ist für die Hotellerie eine Existenzfrage. In der Erwirkung eines Devisenkontingentes für touristische Zwecke im Rahmen des Handelsvertrages mit Deutschland anerkennen unsere Fremdenverkehrskreise einen Schritt, der durch Erleichterungen im Reiseverkehr notwendig ergänzt werden muss. Wie die Hotellerie machen auch die Verkehrsbetriebe, insbesondere die SBB und die Schiffahrtsgesellschaften ihr eminentes und dringendes wirtschaftliches Interesse geltend. Der Vertreter der Handelsabteilung, Herr Dr. Bieber, unterstützte nachdrücklich die Darstellung der Situation und ^{die} Begehren unserer Fremdenindustrie.

Nicht leicht zu nehmen sind die Bedenken, in welcher Weise unsere öffentliche Meinung auf eine durch Einreiseerleichterungen geförderte vermehrte Zureise von Deutschen reagiere und in welcher Weise, trotz Lockerung der geltenden Vorschriften die Einreise politischer Extremisten und durch die nationalsozialistische Vergangenheit belasteter Deutscher verhindert werden kann. Die am 15. April an unsere Vertretungen in Deutschland ergangene Umfrage nach den Erfahrungen mit dem bisherigen System, wonach von den Gesuchstellern politische Unbedenklichkeitszeugnisse, Entnazifizierungsentscheide oder ähnliche Bescheinigungen vorzulegen sind, sowie das Ersuchen um Vorschläge für allfällige Aenderungen, haben zusammengefasst die folgenden Ergebnisse gebracht:

-2-

- fast übereinstimmend wird hervorgehoben, dass das Einfordern dieser politischen Atteste von Gesuchstellern, die in politischer Hinsicht einwandfrei sind, als unnötige und verletzende Formalität betrachtet wird. Es wird dabei auf das durch Entnazifizierungsskandale in Frage gestellte Ansehen der Spruchkammern und Entnazifizierungsbehörden hingewiesen, sowie auf die Tendenz der ehemaligen Kriegsgegner, nach 5-jähriger Erfahrung aus der Besetzung im Interesse der positiven Zusammenarbeit kleinlich wirkende Kontrollen nach dieser Richtung zu unterlassen.
- bei der Ausstellung der vorläufigen Reiseausweise wird die politische Vergangenheit des Gesuchstellers zunächst durch die deutschen Polizeibehörden und, sofern diese zu einer empfehlenden Stellungnahme kommen, abschliessend durch die alliierten Stellen geprüft. Obwohl durchaus feststeht, dass es Sache der schweizerischen Behörden ist zu beurteilen, ob ein Einreisebewerber aufgrund schweizerischer Grundsätze für die Einreise in die Schweiz in Frage kommt, weist die schweizerische diplomatische Mission darauf hin, dass die selbständige Ueberprüfung der politischen Vergangenheit eines jeden Gesuchstellers nur dann einen Sinn hätte, wenn unseren Vertretungen die personellen und informatorischen Mittel zu einer selbständigen Ueberprüfung zur Verfügung stünden.- Es ist überdies festzuhalten, dass seit kurzer Zeit die deutschen Polizeibehörden die früher gewährten Auskünfte über die politische Vergangenheit von deutschen Staatsangehörigen verweigern.
- mehrheitlich wird von unseren Konsulaten vorgeschlagen, vom strikten Erfordernis der Vorlage eines politischen Unbedenklichkeitszeugnisses abzusehen und es der mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Vertretung zu überlassen, beim Vorliegen besonderer Umstände und Verdachtsmomente eingehendere Erhebungen anzustellen. Selbstverständlich ist, dass vor jeder Visumserteilung der "Zeller" zu konsultieren ist.
- endlich wird hervorgehoben, dass Entscheide naturgemäss lediglich über die nationalsozialistische Vergangenheit, nicht aber über die heutige, allenfalls rechts- oder linksextremistische Haltung eines Einreisebewerbers Auskunft geben. Wollen die Vertretungen ihrer Aufgabe hierin gerecht werden, so sind sie ebenfalls auf ihre Kenntnis der lokalen Verhältnisse und den Kontakt mit gut orientierten Kreisen und Behörden angewiesen.

In der Besprechung der Frage der politisch-polizeilichen Kontrolle der Einreisebewerber bleibt unbestritten, dass politische Extremisten jeder Richtung auch die kurzfristige Einreise in die Schweiz nach den Grundsätzen des Kreisschreibens vom 10. Juni 1949 verwehrt bleiben soll. Herr Dr. Dick würde bei der im Zunehmen begriffenen politischen Radikalisierung vom Standpunkt der Bundesanwaltschaft aus begrüssen, wenn die durchgehende Vorlage der

-3-

Entnazifizierungsentscheide oder ähnlicher Zeugnisse beibehalten werden könnte. Sollte sich indessen ein Weg finden, der eine Vereinfachung des Verfahrens erlaubt, eine Erleichterung im Reiseverkehr bewirkt und ein dem Aufwand entsprechendes Rendement bringt, so könnte er den Vorschlag akzeptieren, wonach die Wahl des geeigneten Vorgehens bei der politisch-polizeilichen Prüfung den Konsulaten zu überlassen sei. Er anerkennt im übrigen, dass das lebendige Interesse der Beamten unserer Auslandvertretungen, bei der Abwehr politischer Extremisten mitzuwirken, für den Erfolg mindestens ebenso wichtig ist wie starre Verfahrensvorschriften. Die Herren Baechtold und Dr. Mäder erachten die durch das bisherige System bedingten Umtriebe für den Gesuchsteller wie auch den Arbeitsaufwand unserer Vertretungen nicht als zweckmässig und den heutigen Verhältnissen und Erfordernissen entsprechend; eine gründliche Prüfung und die durchgängige Vorlage der politischen Unbedenklichkeitszeugnisse in jedem Einzelfall muss indessen bei Gesuchen um Stellenantritt oder Uebersiedlung weiterhin verlangt werden.

In rein fremdenpoli^{zeil}cher Beziehung wird verhindert werden müssen, dass die Einreiseerleichterungen für kurzfristige Einreisen nicht zu unerwünschten Festsetzungen und Stellenantritten führen. Einerseits sind die Kantone zu ersuchen, bei Gesuchen um Aufenthaltsbewilligungen von Deutschen, die mit konsularischem Visum eingereist sind, äusserste Zurückhaltung zu üben. Die Bemühungen der Kantone sollen unterstützt werden, indem dem konsularischen Visum folgender Stempel beigelegt wird: " Der Gesuchsteller erklärt zu einem Aufenthalt von höchstens..... und ausschliesslich zu einreisen zu wollen."

Der Vertreter der Handelsabteilung, Herr Dr. Bieber, begrüsst jede Liberalisierung im ~~Konsularverkehr~~ Reiseverkehr und unterstreicht, wie bereits erwähnt, das Interesse unseres Fremdenverkehrs an der Intensivierung des Tourismus aus Deutschland. ~~It~~ Mit weitergehenden Erfolgen in der Zuteilung von Devisenkontingenten zu touristischen Zwecken ist es Voraussetzung, dass unser Interesse am Reiseverkehr sich auch in weitgehendsten Reiseereicherungen manifestiert. Es darf auch nicht übersehen werden, dass Deutschland auf dem Wege ist wieder seine Stelle als überragend wichtiger Handelspartner einzunehmen. Im gleichen Sinne äussern sich auch die Vertreter des eidg. Politischen Departementes.